

Ulrich Goedeking*

Die Macht politischer Diskurse: Indigene Bewegung, lokale Proteste und die Politik indigener Führungspersönlichkeiten in Bolivien

Resumen: Desde los años 90, varios discursos políticos provenientes de líderes indígenas o bien dirigidos hacia la población indígena están compitiendo en la arena política boliviana. El espectro incluye tanto discursos confrontativos contraponiendo “lo indígena” y “el mundo blanco”, en algunos casos hasta con elementos racistas, como discursos que proclaman la convivencia pacífica en una Bolivia pluricultural y que reconocen las diferencias étnicas, así como discursos basados en la idea de una “Bolivia mestiza”. El movimiento campesino se ve afectado por divisiones profundas sobre todo provocadas por las ambiciones políticas de determinados líderes campesinos. Sin embargo la cuestión indígena está en la agenda política. La población indígena exige mayor representación y participación en instituciones estatales y procesos de decisiones políticas, y las fuerzas políticas establecidas se ven presionadas a adoptar posiciones al respecto más allá de ofertas simbólicas.

Summary: Since the 90s several political discourses either produced by indigenous leaders or geared towards the indigenous population are competing in the political arena in Bolivia. There are discourses based on confrontation, where “the indigenous” is presented as opposed to “the white”, in some cases including racist elements. Another type of discourses proclaims peaceful coexistence in a pluricultural Bolivia and recognizes ethnic differences. Third there are discourses based on the idea of a mestizo society. The peasants’ movement is suffering harsh divisions, which are driven by personal political ambitions of some indigenous leaders. However, the indigenous question is back on the political agenda. Its key issues are major representation and participation in state institutions and decision-making-processes, and the established political forces are under pressure to define positions which go beyond merely symbolic offers.

* Soziologe, derzeit freiberuflich in Berlin tätig. Promotion 2000 an der Freien Universität Berlin über die politischen Eliten Boliviens nach 1985. Feldforschungen in Peru und Bolivien. Zahlreiche Veröffentlichungen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Andenländern.

Nicht nur in Bolivien drängen indigene Bewegungen und ihre Führungspersonlichkeiten zunehmend auf die politische Bühne. Ob in Form von Parteien oder gewerkschaftlich organisiert, ob im Zuge sozialen Protestes oder sogar in einem Regierungsamt: Das Monopol der im kulturellen Sinne Weißen in den Andenländern auf die politische Macht wird seit einigen Jahren zunehmend in Frage gestellt.

So schickt sich in Ecuador eine gut organisierte indigene Bewegung an, auf nationaler Ebene gegen die etablierten Parteien und Caudillos anzutreten, während im kolumbianischen Departement Cauca zum ersten Mal auf regionaler Ebene ein Gouverneur indigener Abstammung im Amt ist. Diese Entwicklung steht im Kontext einer regelrechten Euphorie für indigene Organisationen auf internationaler Ebene ab Mitte der 80er Jahre, die allerdings Ende der 90er Jahre abflaute, nachdem so manche indigene Organisation den hoch gesteckten Erwartungen nicht hatte entsprechen können (Blum 2001: 45f.).

In Bolivien kam die Forderung der indigenen Bevölkerungsmehrheit nach politischer Vertretung und politischer Macht im Aufkommen sehr unterschiedlicher Organisationen und Führungspersonlichkeiten zum Ausdruck. Es gibt nicht die eine, nationale indigene Bewegung, die als organisatorischer Rahmen für die Anliegen von Aymaras, Quechuas und den Angehörigen der zahlreichen kleineren ethnischen Gruppen vor allem des östlichen Tieflandes zur Verfügung stünde. Die einzelnen Organisationen und Bewegungen sind oft regional verankert oder beruhen, wie beispielsweise im Fall der Cocabauern, auf den gemeinsamen Problemen, die aus dem Anbau eines spezifischen Produktes resultieren. In anderen Fällen handelt es sich um einzelne politische Führungspersonlichkeiten, die – selber nur zum Teil indigener Herkunft – spezifisch auf die indigene Bevölkerung gerichtete politische Diskurse pflegen.

In Bezug auf die von Bewegungen und politischen Führungspersonlichkeiten vertretenen politischen Diskurse lassen sich deutliche Unterschiede feststellen. Auf dem politischen Markt befinden sich diverse Interpretationsangebote, wie indigene Identität, wie das Verhältnis zum bolivianischen Staat, wie eigene Rechte, politisches Handeln, wie die Erwartungen an andere definiert werden könnten. Dabei bleiben derartige politische Diskurse nicht nur rhetorische Konstrukte in der Auseinandersetzung um Einfluss und Macht, sondern wirken insofern auf die politische Realität zurück, als sie die Grenzen des in der politischen Arena Denk- und Aushandelbaren verändern.

Politische Diskurse von indigenen Führungspersonlichkeiten haben gegenüber einer existierenden oder potenziellen Anhängerschaft legitimierende und identitätsstiftende Funktion. Gleichzeitig positioniert ein politischer Diskurs eine Bewegung, Partei oder gewerkschaftliche Organisation innerhalb der politischen Arena. Für indigene Akteure heißt dies insbesondere, eine diskursive Position gegenüber nicht-indigenen politischen Kräften zu definieren.

Politische Diskurse sind nicht statisch, sondern werden von allen politischen Akteuren insbesondere bei Veränderung der politischen Rahmenbedingungen gerne modifiziert. Insofern sind politische Diskurse in aller Regel nur aus konkreten politischen

Situationen und Konstellationen heraus in ihrer Tragweite bewertbar. Nicht zuletzt spielen auch die persönlichen Ambitionen der politischen Spitzenpersönlichkeiten eine große Rolle dafür, in welche Richtung diskursive Signale gesetzt werden. Grundlegende diskursive Elemente allerdings bleiben vergleichsweise stabil und werden nur in seltenen Umbruchsituationen aufgegeben.

Für den bolivianischen Fall ist zunächst darauf hinzuweisen, dass für indigene bzw. bäuerliche Bewegungen und Organisationen keineswegs notwendigerweise Ethnizität als identitätsstiftendes Moment im Vordergrund stehen muss. Viele kleinbäuerliche Organisationen verstanden sich bis in die 70er Jahre selbst in der Tradition der Arbeiterbewegung, während der Rekurs auf Ethnizität als veraltet galt. Das Aufkommen des politischen Katarismus in den 70er Jahren sorgte für neue, an ethnischen Kategorien orientierte Akzente. Die kataristische Bewegung, deren politischer Diskurs durch Intellektuelle geprägt war, hatte großen Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung. Die seinerzeit gegründeten indianistischen Parteien allerdings haben es nie geschafft, diesen Rückhalt in parteipolitischen Erfolg umzusetzen. Heute sind im Selbstverständnis organisierter Bauern und Bäuerinnen gleichermaßen Elemente ethnisch wie auch gewerkschaftlich definierter Identitäten präsent.¹

Mitentscheidend für die Entwicklung eines solchen Selbstverständnisses waren die Revolution von 1952 und ihre Folgen. Der MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) als tragende Kraft der Revolution zeichnete sich aus durch einen politischen Diskurs, innerhalb dessen ethnische Unterschiede in den Hintergrund traten zu Gunsten der diskursiven Konstruktion eines vermeintlich mestizischen bolivianischen Volkes, verbunden mit dem Versprechen der Integration. Dies bedeutete keineswegs, dass Aymaras, Quechuas oder gar Angehörige einer der ethnischen Gruppen des östlichen Tieflandes in Gesellschaft und Politik Einfluss gewonnen hätten, im Gegenteil: An der Herrschaft der Spanisch sprechenden, weißen Minderheit änderte sich nichts. Aber die Indígenas wurden zum ersten Mal in der Geschichte des Landes formal als Staatsbürger mit allen Rechten anerkannt. Die – erst auf bäuerlichen Druck hin zustande gekommene – Agrarreform von 1953 machte zumindest in der Andenregion viele Indígenas zu Eigentümern kleiner Parzellen.²

Parallel dazu etablierte sich die Gewerkschaft der Minenarbeiter als Avantgarde innerhalb des neu gegründeten bolivianischen Gewerkschaftsdachverbandes COB (*Central Obrera Boliviana*) mit klarer Orientierung an den aus Europa und Asien importierten sozialistisch-kommunistischen Ideologien. Die folgenden Jahrzehnte waren geprägt von der Entwicklung der COB zum Machtzentrum gegenüber den nationalen Regierungen. Zum Dachverband der indigenen Bäuerinnen und Bauern Boliviens wur-

1 Zum Aufkommen des Katarismus und zu den Veränderungen politischer Ideen und Identitäten vgl. Hurtado (1986) sowie Ströbele-Gregor (1997, 2002).

2 Im östlichen Tiefland kam die Agrarreform nie wirklich an, wobei in den 50er Jahren allerdings der "Oriente" noch ohne eine einzige größere Stadt innerhalb des bolivianischen Staates keine nennenswerte Rolle spielte.

de die in den 70er Jahren gegründete nationale Bauerngewerkschaft CSUTCB (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*), die bis Mitte der 80er Jahre allerdings nie etwas an der Dominanz der organisierten Minenarbeiter innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit ändern konnte.

Das Jahr 1985 markiert einen Wendepunkt. Im Zuge der Durchsetzung des neoliberalen Modells unter Präsident Víctor Paz Estenssoro wurden die meisten großen staatlichen Minen geschlossen.³ Damit verbunden war ein landesinterner Migrationsprozess aus den Minengebieten insbesondere nach El Alto, der vor allem von Aymaras bewohnten Schwesterstadt von La Paz, und in die Cocaanbaugebiete. Der Macht der Minenarbeiter war damit die Grundlage entzogen, und sowohl für die Bauerngewerkschaft als auch für andere Ausdrucksformen neuen politischen Selbstbewusstseins von indigener Seite öffneten sich politische Räume.

Das Spektrum der indigenen Akteure bzw. der auf die indigene Bevölkerung gerichteten Diskurse reicht von den organisierten Cocabauern als einer der gegenwärtig wichtigsten Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung über den zeitweise durchschlagenden Erfolg des Fernsehmoderators Carlos Palenque und seiner Assistentin, der Aymara Remedios Loza, in La Paz bis zum Diskurs von einem pluriethnischen Bolivien in friedlicher Koexistenz, wie er vom früheren Vizepräsidenten Víctor Hugo Cárdenas vertreten wurde. Zu den neuen politischen Ausdrucksformen gehört der Verband der Indígenas des östlichen Tieflandes – die damit ab Mitte der 80er Jahre zum ersten Mal überhaupt politisch organisiert in Erscheinung traten – ebenso wie der Aymara Felipe Quispe, „El Mallku“ (Der Kondor), der mit einem radikalen und über weite Strecken rassistischen Diskurs seit einigen Jahren viele weiße *paceños* schaudern lässt.

Indigene Proteste und ambitionierte Führungspersönlichkeiten

Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts sind für die Bolivianer geprägt durch blockierte Straßen und durch Märsche von indigenen Bäuerinnen und Bauern auf die faktische Hauptstadt, La Paz. In den Nachrichten ist immer wieder von gewalttätigen Auseinandersetzungen dieser mit Polizei und Militär die Rede, dann wieder von Verhandlungen und vorläufigen Vereinbarungen. Die latente soziale Unzufriedenheit, die immer wieder zum Ausbruch kommt, wird zu einem Dauerzustand. Für den Beobachter von außen ist kaum noch durchschaubar, wer dort in welchem Moment aus welchem Grund marschiert, blockiert oder kämpft. Eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure ist mit von der Partie, deren Führungspersönlichkeiten sich einmal taktisch verbünden, um sich dann wieder gegenseitig zu bekämpfen.

Von den genannten Akteuren sind es gegenwärtig Felipe Quispe und Cocabauern-Chef Evo Morales, die im Mittelpunkt des Medieninteresses stehen. Dazu kommen an-

3 Víctor Paz Estenssoro war schon 1952 Führer des MNR und der Revolution gewesen und stand für eine Politik weit gehender Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben. Ab 1985 verfolgte er sein Projekt einer Modernisierung Boliviens in okzidental-kapitalistischen Kategorien auf dem neoliberalen Weg weiter.

dere Bauernführer wie Alejo Véliz aus Cochabamba, Mitte der 90er Jahre einmal politischer Mitstreiter von Evo Morales, inzwischen aber mit ihm zerstritten.

Auf die Forderungen der jeweiligen indigenen Führungspersönlichkeiten, auf ihre Diskurse und Strategien wird im Folgenden noch einzugehen sein, soweit sich solche überhaupt klar abzeichnen. In einem Punkt verfolgen alle genannten Bauernführer – und nicht nur sie – allerdings das gleiche Ziel: Sie streben nach politischer Macht und betrachten sich dabei gegenseitig als gefährliche Konkurrenten.

Eine Bühne der Auseinandersetzung bietet der Bauernverband CSUTCB. Ihrem Anspruch nach sollte die CSUTCB als politischer Akteur die Plattform für ein gemeinsames Vorgehen der bolivianischen Bauernbewegung gegenüber dem Staat bieten. Tatsächlich ist die CSUTCB allerdings zur Arena erbitterter Machtkämpfe zwischen den verschiedenen, politisch ambitionierten indigenen Führungspersönlichkeiten geworden. Die letzten CSUTCB-Kongresse verzeichnen blutige Prügeleien, Entscheidungen und Wahlen werden im Nachhinein angezweifelt, Manipulationsvorwürfe kommen in schöner Regelmäßigkeit von den Unterlegenen – als eigenständiger politischer Akteur fällt die CSUTCB weit gehend aus.

Die Rivalität zwischen den Bauernführern hat über die persönlichen Ambitionen hinaus noch zusätzlich eine ethnische Dimension. Felipe Quispe ist Aymara und hat in der Vergangenheit mehr als einmal deutlich gemacht, dass ihn beispielsweise das Schicksal der Cocabauern kaum interessiert. Alejo Véliz wiederum ist Quechua und in seinem konfliktiven Verhältnis zu Quispe spiegelt sich auch die nicht ganz unbegründete Sorge davor, die Aymara-Seite strebe eine Vormachtstellung an: *“Quispe [...] cree que vamos a reencarnar la filosofía del Kollasuyo, donde no sólo quiere acabar con todos los resabios del colonialismo, refiriéndose físicamente a los hombres, luego a los mestizos, sino incluso con los quechuas porque también hemos invadido a los aymaras”*, so Véliz im April 2001 (Oblitas 2001). Evo Morales versteht sich mit seinen Cocabauern vor allem als Gewerkschaftler und kann kein Interesse daran haben, bäuerlichen Protest auf nationaler Ebene allzu sehr als Aymara-Protest, diskursiv aufgeladen mit kultureller Symbolik, erscheinen zu lassen. Die indigenen Völker des östlichen Tieflandes schließlich erscheinen in diesem Szenario überhaupt nicht.⁴

Streit, persönliche Ambitionen und Misstrauen kennzeichnen die Szenerie, keine guten Voraussetzungen für eine Bauernbewegung, durch sozialen Protest der Verwirklichung ihrer Ziele näher zu kommen. Zeitweilige Allianzen verschiedener indigener Führungspersönlichkeiten sind allenfalls taktischer Natur. So war für Felipe Quispe noch in der ersten Jahreshälfte 2001 ein Bündnis mit Morales oder Véliz ausgeschlossen: *“Juntos ni en el cementerio”*, *“Gemeinsam nicht einmal auf dem Friedhof”*, so seine prägnante Formulierung (Oblitas 2001). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, im Februar 2002, zeigt sich eine neue Konstellation. Felipe Quispe und Evo Morales haben einen Pakt geschlossen mit Blick auf die anstehenden Parlamentswahlen im Juni. Es ist allerdings noch nicht klar, in welcher Form beide für die Wahl antreten werden.

4 Auf die Rolle der organisierten Indígenas des bolivianischen Tieflandes wird noch einzugehen sein.

Felipe Quispe “El Mallku”

Wie keine andere indigene Führungspersönlichkeit steht der Aymara Felipe Quispe im Mittelpunkt des Medieninteresses und weckt Emotionen. “El Mallku” (der Condor) lässt er sich nennen und suggeriert damit archaische, andine Kraft. Quispe, der wegen seiner Verwicklung in eines der kurzlebigen Guerillaabenteuer der jüngeren Vergangenheit mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte, verfügt über eine zahlenmäßig vergleichsweise kleine soziale Basis insbesondere auf dem nördlichen Altiplano, in der Nähe von La Paz.

Quispe wendet sich mit einem einen radikalen und streckenweise offen rassistischen Diskurs an die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt steht die Abgrenzung von “den Weißen”, denen er das Recht abspricht, Bolivien gleichermaßen als ihre Heimat zu betrachten wie die indigenen Bewohner des Landes. Quispe fordert die Rückkehr zu den traditionellen Ayllu-Strukturen.

Gleichzeitig mobilisiert Felipe Quispe gegen Neoliberalismus, Imperialismus und Neokolonialismus und schlägt damit eine Brücke zu international verbreiteten und hoch aktuellen Diskursen der globalisierungskritischen politischen Linken, innerhalb derer ethnizistische Elemente bestenfalls eine Nebenrolle spielen.

In seiner diskursiven Konstruktion ethnisch begründeten Widerstandes dienen die Indianeraufstände des späten 18. Jahrhunderts als historischer Anknüpfungspunkt, damals wurde unter der Führung Tupaj Kataris die Stadt La Paz belagert. Es liegt nahe, diesen Diskurs weniger als auf die eigenen Anhänger gerichtet zu betrachten, sondern ihn als diskursives Signal an die “Gegenseite” zu interpretieren. Mit dem Rekurs auf die Belagerungen von La Paz trifft Quispe einen außerordentlich empfindlichen Punkt im Selbstverständnis der Spanisch sprechenden, weißen *paceños*. Viele von diesen empfinden sich, überspitzt gesagt, als latent bedrohte Minderheit in einem Meer kulturell fremder, “wilder”, bedrohlicher indianischer Horden. Tatsächlich liegt La Paz mitten im Siedlungsgebiet der bolivianischen Aymaras und Letztere bilden in der Stadt La Paz die Bevölkerungsmehrheit, während die Schwesterstadt El Alto fast ausschließlich von Aymaras bewohnt wird.

Die naturräumlichen Bedingungen verstärken noch die historische Angst der weißen *paceños* vor möglicher indianischer Belagerung. Tief unten im Tal liegt das Zentrum des weißen La Paz, während an den teils nur über Treppen zugänglichen Steilhängen darum Aymaras leben. Auch im 20. Jahrhundert haben die *paceños* immer wieder die Erfahrung gemacht, dass protestierende Bauern oder Minenarbeiter zu Tausenden über den Altiplano nach La Paz marschierten, die dann buchstäblich von oben in die Stadt hinunter strömten.

Auf der diskursiven Klaviatur hat Felipe Quispe die Tonart dieser Verwundbarkeit getroffen und sich damit – zusätzlich verstärkt durch die große Aufmerksamkeit der Medien – möglicherweise im Bewusstsein der etablierten politischen Eliten schneller als relevanter politischer Machtfaktor etabliert, als ihm dies schlicht durch die Funktion als indianische Führungspersönlichkeit möglich gewesen wäre.

Es wurde bereits ausgeführt, dass Quispe als eine der wichtigen indigenen Führungspersönlichkeiten eine zentrale Rolle im Machtkampf innerhalb der Bauernbewegung spielt, mit dem vorläufigen Zwischenergebnis, im Moment die Position des Exekutivsekretärs der CSUTCB zu halten. Gegenwärtig hält ihm darüber hinaus ein Pakt mit Cocabauern-Führer Evo Morales an einer wichtigen Front innerhalb der Bauernbewegung den Rücken frei, so dass sich der "Mallku" anderweitig um seine politische Karriere kümmern kann.

Es geht dabei keineswegs darum, ob und wann der "Mallku" einen "Marsch auf La Paz" organisieren wollte, um die weißen Herrschenden aus Bolivien zu vertreiben. Im Gegenteil, viele Indizien deuten gegenwärtig darauf hin, dass Quispe nichts ferner liegt, als die etablierten politischen Eliten zu stürzen. Es gibt handfeste Indizien für Kontakte zum MIR (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*) mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Jaime Paz Zamoras, der bereits von 1989 bis 1993 Staatspräsident war. Er gilt als einer der aussichtsreichsten Bewerber für die Wahl im Juni 2002.

In den Medien wird schon seit Monaten über entsprechende Verbindungen hinter den Kulissen spekuliert, und Felipe Quispe gab den Gerüchten beispielsweise dadurch Nahrung, dass er sich in Konfliktsituationen nicht immer konfrontativ, sondern gelegentlich auch überraschend zurückhaltend verhielt. Der MIR ist gegenwärtig als Koalitionspartner der ADN (*Acción Democrática Nacionalista*) von Präsident Jorge Quiroga an der Regierung beteiligt. Ende 2001 wurde ein Treffen Felipe Quispes in Sucre mit Wigberto Rivero bekannt, dem amtierenden Minister für *Asuntos Campesinos*, das offenbar geheim bleiben sollte. Die spontane Begründung Quispes für seinen Besuch im Hotel Riveros lautete, er habe das "zufällige Treffen" dazu genutzt, um im Hotelzimmer des Ministers zu duschen. Der schärfste Konkurrent Paz Zamoras im Rennen um die Präsidentschaft 2002-2007, der ehemalige Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada, hat dementsprechend eine eindeutige Haltung gegen Felipe Quispe eingenommen: "*El Mallku es racista*", so der MNR-Vorsitzende in einem Interview, "*es un terrorista al que sacaron de la cárcel para controlar, y es un acuerdo del MIR, es una representación del MIR*" (Guzmán 2001: 3).

Im politischen Handeln Felipe Quispes zeigen sich deutlich Elemente, die auf die etablierte politische Kultur Boliviens verweisen. So reiste der "Mallku" im Mai 2001 nach Europa, um "tausend Traktoren zu besorgen". Wie so viele politische Ambitionierte kündigt er eine *obra* an, eine Aktion mit Ergebnis, das sichtbar und vorzeigbar ist und symbolisch in Wahlkämpfen für politischen Erfolg stehen soll. Das Muster ist nicht nur aus Bolivien sattsam bekannt. Wenn die politische Kraft für strukturelle Reformen nicht ausreicht – so denn entsprechende Konzepte überhaupt vorhanden sind – präsentieren Politiker *obras*: die asphaltierte Straße, die neue Schule.

Damit bedienen Politiker und Kandidaten eine weit verbreitete politische Rationalität, die sich am kurzfristigen Vorteil orientiert. Nicht wenige Wähler und Wählerinnen entscheiden sich in einem Akt politischer Reziprozität für denjenigen Kandidaten, der für die Stimmabgabe eine direkte Gegenleistung anbieten kann: Nicht verkehrspo-

litische Konzepte sind gefragt, sondern genau diejenige neue Straße, die den Transport der eigenen Waren auf die Märkte der Städte erleichtert. Eine derartige Rationalität wurzelt vor allem in jahrzehntelangen Erfahrungen mit enttäuschten Hoffnungen auf neue Regierungen. Wenn mittel- oder langfristige Vorteile kaum zu erwarten sind, für den eigenen Alltag relevante Reformen mit positiven Auswirkungen jenseits des Vorstellbaren liegen, dann bleibt pragmatisch der direkte reziproke Austausch: Stimme gegen *obra*.

Eine auffällige Diskrepanz besteht zwischen dem radikalen Diskurs des Felipe Quispe und seiner Flexibilität, was Kontakte zu und Verhandlungen mit den, angeblich so verhassten, politisch Verantwortlichen angeht. Es sei dahin gestellt, ob seine Gegner, die den "Mallku" als Produkt der Strategie des MIR sehen, mit ihrer Verschwörungstheorie Recht haben. Festgehalten werden kann jedoch, dass Quispe es einerseits durch die Radikalität seines Diskurses und andererseits durch seine Präsenz in den Bauernprotesten der vergangenen Jahre zunächst geschafft hat, auch mit Hilfe der Medien zu einem der wichtigsten Bauernführer in der politischen Landschaft zu werden – auch ohne eine breite soziale Basis auf nationaler Ebene. Darüber hinaus deutet alles darauf hin, dass er einer politischen Machtposition in Verbindung mit einer politischen Partei durchaus nicht abgeneigt wäre. Ob nun der MIR dahinter steckt oder nur die Gelegenheit genutzt hat – ein ins Umfeld der Partei eingebundener "Mallku" passt ins politische Konzept.

Mit aller Vorsicht sei an dieser Stelle die Prognose gewagt, dass der Weg des "Mallku" mit gewisser Wahrscheinlichkeit nicht in den militanten Widerstand, sondern eher in die etablierte Politik führen wird. Ohne seinen radikalen Diskurs wäre er nicht zu dem geworden, was er heute ist – wenn der Diskurs seine Funktion erfüllt hat, könnte er ihn ablegen.

Evo Morales und die Cocabauern

Kein anderes landwirtschaftliches Produkt steht so im Mittelpunkt des Interesses: Symbolisch aufgeladen ist die Coca für viele Bolivianer als Pflanze, die traditionell für Rituale und im medizinischen Bereich genutzt wird. Dämonisiert wird das kleine Blatt von Seiten der USA, die in den Andenländern ihre Ausrottungspolitik verfolgen und die Cocabauern als Drogenproduzenten kriminalisieren. Für bolivianische Regierungen stellt die Frage des Cocaaubaus bzw. der Bekämpfung der Kokainproduktion eine Quelle dauernde Sorge dar, müssen doch einerseits die Interessen der USA gewahrt werden, um nicht den Zugang zu internationalen Krediten zu riskieren, und andererseits besteht ein politisches Interesse daran, die Situation in den Cocaaubaugebieten leidlich ruhig zu halten.

Für die Cocabauern selbst ist der Anbau des alkaloidhaltigen Blattes in erster Linie eine sehr viel zuverlässigere Einkommensquelle als jedes andere landwirtschaftliche Produkt. So ist Evo Morales, der langjährige Führer der organisierten Cocabauern im Chapare, zunächst Interessenvertreter für eine Gruppe Bauern, deren alltägliche Pro-

bleme sich radikal unterscheiden von denjenigen Problemen, mit denen etwa Aymara-Bauern auf dem Altiplano zu kämpfen haben.

Wichtigstes Cocaanbaugebiet ist die Provinz Chapare im Norden Cochabambas. Bei den dortigen Cocabauern handelt es sich im Wesentlichen um Migranten aus dem Hochland. Insbesondere aus den Minengebieten kamen, wie bereits eingangs erwähnt, nach 1985 nicht wenige Familien in den Chapare, um mit dem Cocaanbau ihr Glück zu versuchen. Gleichzeitig brachten sie ihre lange Erfahrung mit gewerkschaftlicher Organisation und politischem Widerstand mit.

Während sich die traditionellen Anbaugebiete des Cocablattes in den Yungas, den Tälern am Ostabhang der Anden in der Nähe von La Paz befinden, wurde die Cocaproduktion des Chapare immer fast vollständig von den Produzenten des Kokaingrundstoffes *pasta básica* aufgekauft. Zentrales Problem für die Cocabauern ist die Frage der Legalität oder Illegalität ihrer Tätigkeit. Die bestehende Gesetzeslage erklärt diejenigen Cocapflanzungen, die über die Funktion der Deckung des traditionellen Bedarfes an Cocablättern hinausgehen, für illegal.⁵

Die Cocabauern sind der permanenten Gefahr ausgesetzt, zum Opfer von Übergriffen durch die Spezialeinheiten für Drogenbekämpfung zu werden, der FELCN (*Fuerzas Especiales de Lucha contra el Narcotráfico*) und den UMOPAR (*Unidades Móviles de Patrullaje Rural*). Die Politik der verschiedenen Regierungen in La Paz über Jahre hinweg unterschied sich nur in Nuancen: Zuckerbrot und Peitsche wechseln sich ab, einmal wird verhandelt, dann wieder rücken Militär und Polizei in den Chapare ein (vgl. Laserna o.J.). Der Alltag der Cocabauern ist vor allem durch Unsicherheit und hohe Risiken geprägt. Mobilisierungen der Cocabauern haben auch dann große Bedeutung, wenn sie auf den Chapare begrenzt bleiben, führt doch die Fernstraße von Cochabamba nach Santa Cruz der Länge nach durch die ganze Provinz.

Evo Morales hat schon vor vielen Jahren die Rolle als Gewerkschaftsführer mit dem Streben nach politischen Funktionen verbunden. Seit 1993 war er Parlamentsabgeordneter, erst für die *Izquierda Unida*, damals noch im Bündnis mit Alejo Véliz, später gründete er dann seine eigene Partei *Movimiento al Socialismo* (MAS). 1997 konnte er den Wahlkreis Chapare mit über 60 Prozent der Stimmen für sich entscheiden und als Direktkandidat wieder ins Parlament einziehen. Im Januar 2002 wurde Evo Morales von der Parlamentsmehrheit der großen Parteien förmlich aus dem Parlament hinausgeworfen. Grund ist der Vorwurf, Morales sei für einen blutigen Zwischenfall in der

5 Zur Entwicklung des Cocaanbaus ist anzumerken, dass Kolumbien inzwischen zum wichtigsten Anbauland geworden ist, während noch in den 90er Jahren Peru und Bolivien den Großteil der Cocaproduktion beisteuerten. Präsident Hugo Banzer versuchte ab 1997, die Cocapflanzungen im Chapare ganz auszurotten und verkündete vor seinem krankheitsbedingten Ausscheiden aus dem Amt auch noch den Erfolg. Offensichtlich ist aber, dass im Chapare nach wie vor mehrere tausend Hektar Cocapflanzungen existieren und das soziale Konfliktpotenzial weiter besteht.

Nähe von Cochabamba verantwortlich, bei dem nicht nur Bauern, sondern auch einige Polizisten starben.⁶

Im Mittelpunkt des politischen Diskurs von Evo Morales und mit ihm der organisierten Cocabauern stehen zum einen klassische Begriffe der gewerkschaftlichen und sozialistischen Linken. Dies kann nicht überraschen angesichts seiner sozialen Basis, die – wie beschrieben – zu einem Teil über Gewerkschaftserfahrung verfügt und sich über Klassenzugehörigkeit definiert. Ein kohärenter, auf Ethnizität beruhender politischer Diskurs wäre in Bezug auf die Cocabauern kaum zu konstruieren. Kaum etwas verbindet sie beispielsweise mit den indigenen Völkern des Tieflandes, vielmehr stehen sie potenziell, gemeinsam mit vielen Migranten aus dem Hochland, in latenter Konflikt mit den Tieflandindígenas mit deren völlig unterschiedlichem Verständnis von Territorialität und von der wirtschaftlichen Nutzung der dortigen Ökosysteme.

In einem diskursiven Element zeigt sich allerdings ein deutlicher Rekurs auf kulturelle, indigene Tradition. Immer wieder steht das Sprechen von der “heiligen Pflanze” Coca im Vordergrund der Legitimation für den Anbau der umstrittenen Sträucher. Zweifellos hat die Nutzung des Cocablattes für Rituale wie auch im medizinischen Bereich eine Jahrhunderte lange Tradition in Bolivien. Dies gilt nicht nur für die indianischen Kulturen innerhalb der bolivianischen Grenzen: Auch in jeder Familie der städtischen Mittel- und Oberschicht ist es selbstverständlich, nach dem Essen einen magenfreundlichen Mate de Coca anzubieten, und selbst die Deutsche Lufthansa bot seinerzeit ihren Fluggästen bei der Ankunft auf dem über 4.000 m hoch gelegenen Flughafen El Alto Cocateer an, um die Folgen der Höhe ein wenig zu mildern.

Wenn Evo Morales als Führer der organisierten Cocabauern von der “heiligen Pflanze” spricht, hat dieses diskursive Element eine politische Funktion, die mit ethnischer Identität nur bedingt etwas zu tun hat. Ein solcher Diskurs kann politisch funktional sein mit Blick auf potenzielle ausländische Unterstützer bei internationalen Organisationen oder auch nördlichen NGOs, für die der Kampf um den Schutz kultureller Traditionen und ethnischer Minderheiten hohe Priorität genießt. Verbunden mit der – völlig berechtigten – Kritik an der Politik der USA, die die Kriminalisierung der Cocabauern mit massiver politischer und militärischer Einflussnahme verbindet, versehen sich die organisierten Cocabauern selbst mit einer kulturell verbrämten Aura als Opfer und Unterdrückte. Dies harmoniert wiederum aufs Beste mit den schlichten, dichotomischen Schemata, mit deren Hilfe so manche wohlmeinenden und politisch interessierten Unterstützer im Norden das Spektrum der Akteure in Gut und Böse aufteilen.

Der Diskurs von der “heiligen Pflanze” ist als Instrument der Legitimation zu verstehen. Die Cocabauern im Chapare wissen genauso gut wie Evo Morales, dass sie den Grundstoff für die Kokainproduktion liefern und sich dabei wohl kaum auf Jahrhun-

6 Die “politischen Kriterien” für den Ausschluss von Evo Morales aus dem Parlament waren so offensichtlich, dass sich die dafür verantwortlichen Parteien genötigt sahen, aus symbolischen Gründen auch einen Abgeordneten der regierenden ADN kurz darauf wegen anderer Verfehlungen aus dem Parlament auszuschließen.

derte alte Traditionen berufen können. Dass für die Cocabauern die ökonomische Alternative fehlt und viele von ihnen erst durch die Arbeitslosigkeit in den Cocaanbau getrieben wurden, steht auf einem anderen Blatt.

Ebenso wie Felipe Quispe verfügt Evo Morales nur über eine begrenzte politische Basis, in diesem Fall die Cocabauern des Chapare. Diskursiv wählt Morales einen anderen Weg als der "Mallku". Zwar wettern beide gegen den Neoliberalismus und treten mit Maximalforderungen an die Öffentlichkeit, die auf nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Umwälzung des ökonomischen Modells hinauslaufen würden, die Akzente aber sind unterschiedlich.

Morales propagiert für die Zukunft keine Rückkehr zu vermeintlich authentischen indigenen Strukturen, genauso wenig fordert er, irgendjemanden wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit aus dem Land zu werfen. Für Morales stehen konkrete Forderungen im Mittelpunkt, abgeleitet aus den Problemen der Cocabauern: Anerkennung des Cocaanbaus als legal, zumindest bis zu einer bestimmten Menge, ein Ende der Kriminalisierung der Cocabauern und der bewaffneten Übergriffe durch die "Sicherheitskräfte", eine klare Position gegen den übermächtigen Einfluss der US-Botschaft in Bolivien auf diesem Gebiet und gegen Versuche, nach dem Vorbild des "Plan Colombia" die repressive Rolle der USA noch weiter zu verstärken.

Zwar garniert Evo Morales seine Forderungen mit Versatzstücken aus dem sozialistischen Ideenarsenal, wie zum Beispiel der Forderung nach Verstaatlichungen im großen Stil, die seinem Diskurs verbale Radikalität verleihen, aber im Kern geht es um die Forderung nach Anerkennung von Rechten innerhalb des bolivianischen Staates und nicht gegen ihn. Ein Beispiel für eine solche geradezu konstruktive Rolle liefern auch die organisierten Cocabauern der Yungas mit ihrer Forderung nach einer reformierten Gesetzgebung, die eine *Ley de la Hoja de Coca como producto natural* trennt von der gesetzlichen Behandlung der *sustancias controladas*, die also legale Nutzungen des Cocablattes ausdrücklich regeln soll, während ein gesondertes Gesetz den Bereich der Drogen – und dabei nicht nur des Kokains – abdecken würde.

Evo Morales ist nur deshalb zu einem der wichtigsten und auch ambitioniertesten Bauernführer auf nationaler Ebene geworden, weil das Thema Cocaanbau durch seine internationale Bedeutung und durch die verhärteten Fronten in Bolivien so viel Konfliktstoff beinhaltet. Den organisierten Cocabauern ist als politischer Akteur eine überdimensionale Bedeutung zugefallen, erst recht, seit die Besetzung der Hauptrolle, einst die Minenarbeiter als Avantgarde des Proletariats, frei geworden ist. So gilt für ihn im Grundsatz Gleiches wie für Felipe Quispe: Allein mit seiner begrenzten Anhängerschaft ist er zu schwach, um für die Bauernbewegung insgesamt zu stehen, aber an ihm vorbei werden auch andere nicht in der Lage sein, eine stabile Führung einer einigen Bauernbewegung zu etablieren.

Die “Guerra del Agua”: Proteste neuen Typs

Ein Vertrag über die Privatisierung der Wasserversorgung von Cochabamba und damit der drittgrößten Stadt Boliviens führte ab Ende 1999 und insbesondere im Verlauf des Jahres 2000 zu einer sozialen Protestbewegung mit für Bolivien neuen Charakteristika (vgl. CERES 2000). Auslösender Faktor war die Angst davor, mit der Übernahme der Wasserversorgung durch das Konsortium “Aguas del Tunari” würden die Wasserpreise deutlich steigen. Schnell entstand die “Coordinadora de Defensa del Agua”, ohne dass dabei die Initiative von einem etablierten Akteur, ob gewerkschaftlich oder in Form einer Partei, ausgegangen wäre. Oporto Castro (2001: 3) spricht von einer “*acción espontánea, sin organización ni liderazgo definido, con planteamientos confusos y, sobre todo, como una amalgama de intereses diversos*”. Ökologisch orientierte Gruppen waren ebenso mit von der Partie wie Campesinos aus dem Tal von Cochabamba. Gewerkschaftliche Gruppen schlossen sich der Protestbewegung an.

Im Ergebnis stand ein regelrechter Volksaufstand quer durch die politischen Lager und sozialen Schichten. Blockaden, sogar auch vieler Nebenstraßen, legten das öffentliche Leben in Cochabamba lahm, bis die Bewegung im April 2000 ihr Ziel vorläufig erreichte: “Aguas del Tunari” zog sich aus dem Projekt zurück, die geplante Privatisierung der Wasserversorgung von Cochabamba war gescheitert.

Nachdem der unmittelbare Anlass, der über alle ethnischen und sozialen Grenzen hinweg für Mobilisierung gesorgt hatte, weggefallen war, wurde die “Coordinadora” zum Objekt politischer Ambitionen. Ihre *dirigentes* versuchten, aus einer sozialen Bewegung, die aus einem konkreten Anliegen heraus geboren worden war, eine politische Bewegung zu machen und sie damit als Machtfaktor auf Dauer zu etablieren.

Dieser Versuch steht im Kontext des Aufkommens politischer Akteure mit einem spezifischen politischen Diskurs, die in Bolivien als *antisistémicos* bezeichnet werden. Im Mittelpunkt dieses Diskurses steht das Postulat der “Unabhängigkeit” des politischen Spitzenpersonals. “Unabhängigkeit” soll in diesem Zusammenhang zunächst signalisieren, keiner politischen Partei anzugehören. Damit verbunden und beabsichtigt ist die Konnotation, diese Bewegungen bzw. Kandidaten seien unabhängig vom gesamten korrupten und verfilzten Politikbetrieb, sie stünden für Ehrlichkeit, wahren Einsatz für das Gemeinwohl und sachorientierte Entscheidungen.⁷ Programmatische Äußerungen fehlen demgegenüber in aller Regel, das politische Angebot beschränkt sich auf das Versprechen, pragmatisch, sachlich und ehrlich Politik zu betreiben – wie auch immer diese Politik aussieht.

Die Bezeichnung *antisistémicos* für diese Politiker könnte kaum abwegiger sein. Als *antisistémico* agiert zum Beispiel ein altgedienter Parteipolitiker wie Juan del Granado, früher Spitzenpolitiker des linksliberalen MBL (*Movimiento Bolivia Libre*). Nach der Wahlniederlage seiner Partei 1997 schaffte er es nicht, die Parteiführung zu über-

7 Aus anderen lateinamerikanischen Staaten sind derartige Diskurse bekannt. So beruhte die zehnjährige Herrschaft Alberto Fujimoris in Peru von 1990 bis 2000 auf einem solchen Diskurs der Abgrenzung gegenüber der gesamten, früher etablierten politischen Elite.

nehmen, gründete seine eigene "Bewegung ohne Angst" (*Movimiento Sin Miedo*) und wurde auf Grund seiner großen Popularität in La Paz zum Bürgermeister gewählt. Auch René Blattmann, in der Regierung Sánchez de Lozada von 1993 bis 1997 Justizminister und als solcher hoch angesehen, wird als *antisistémico* gehandelt. Beide haben das bestehende System schon aktiv mitgestaltet.

Die diskursive Verpackung als *antisistémico* entpuppt sich als strategische Ressource für diejenigen, die entweder in der eigenen Partei ihre Karrierechancen blockiert sehen oder ohne parteipolitischen Stallgeruch politischen Ambitionen nachgehen. Es überrascht nicht, dass alle Erfahrungen mit derartigen Politikern bisher gezeigt haben, dass Korruption, Postenschacher und ähnliche, diskursiv ausdrücklich ausgeschlossene Phänomene im Umkreis von so genannten Unabhängigen nicht weniger auftreten als in etablierten politischen Parteien.

Der Fall der "Coordinadora del Agua" stellt insofern ein Novum dar, als eine soziale Bewegung in dem Moment, als nach dem Erfolg gegen die Privatisierung der Wasserversorgung ein politisches Vakuum eintrat, für solche politischen Ambitionen instrumentalisiert wurde. Die zu erwartenden Sündenfälle blieben nicht aus. So beteiligte sich die "Coordinadora" an der Verwaltung des Wasserversorgungsunternehmens SEMAPA, Vorwürfe wegen Bereicherung und Postenschieberei ließen nicht lange auf sich warten. Inzwischen hat die "Coordinadora del Agua" ihre Legitimität weit gehend verloren.

Trotzdem hat die so genannte "Guerra del Agua" in Bolivien ein Zeichen gesetzt. Sozialer Protest auf lokaler bzw. regionaler Ebene, entstanden unabhängig von Parteien, Gewerkschaften und anderen Machtgruppen, verankert durch alle sozialen Klassen und ethnischen Gruppen, hat Erfolg gehabt. Die später erfolgte Instrumentalisierung und diskursive Einbindung der "Coordinadora" in den Kampf um politische Macht nimmt dieser nichts von ihrer Bedeutung als möglicher Präzedenzfall für zukünftige Auseinandersetzungen. Jedoch steht die Geschichte der "Guerra del Agua" in einem wichtigen Punkt auch für die Schwäche sozialen Protestes. Es gibt, wie auch an anderen Beispielen schon gezeigt, keinen organisatorischen Rahmen, innerhalb dessen eine solcher Protest im Bündnis mit anderen Organisationen zum Teil einer nicht nur kurzfristigen Protestbewegung auf nationaler Ebene werden könnte. Ein solcher organisierter Protest wäre mit großer Wahrscheinlichkeit kaum kompatibel mit klassenorientierten gewerkschaftlichen Diskursen – selbst wenn die Gewerkschaftsbewegung in der Lage wäre, eine einige und schlagkräftige Organisationsstruktur zu bieten. Völlig ausgeschlossen scheint angesichts der sozialen und ethnischen Heterogenität eine Einbindung in ethnizistische Diskurse.

Víctor Hugo Cárdenas und der Diskurs der pluriethnischen Gesellschaft

Begleitet von großem internationalem Interesse trat Víctor Hugo Cárdenas 1993 das Amt des bolivianischen Vizepräsidenten in der Regierung Sánchez de Lozada an.⁸ Auch wenn der Aymara-Intellektuelle aus dem Dorf Huatajata am Titicacasee heute keine wesentliche Rolle mehr in der nationalen bolivianischen Politik spielt, soll hier auf ihn als wichtigsten Vertreter eines politischen Diskurses eingegangen werden, der zumindest während seiner Amtszeit von 1993 bis 1997 in Bolivien von großer Bedeutung war und möglicherweise in der Zukunft wieder an Relevanz gewinnen wird.

Cárdenas, der seine politischen Wurzeln in der einflussreichen Aymara-Bewegung "Movimiento Tupac Katari" der 70er und 80er Jahre hat, stand für das Projekt einer pluriethnischen Gesellschaft, in der unter Anerkennung der kulturellen Unterschiede friedliches Zusammenleben ohne Konfrontation möglich sein sollte. Die Entscheidung, als Vizepräsident in die Regierung Sánchez de Lozada einzutreten, war eine Entscheidung für den Versuch, über Reformen insbesondere auf dem Gebiet der Dezentralisierung und im Bildungswesen schrittweise der bislang von politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen ausgeschlossenen indianischen Bevölkerungsmehrheit zu mehr Einfluss zu verhelfen.

Es überrascht nicht, dass ein solcher Diskurs auf internationaler Ebene große Sympathie weckte, fügte er sich doch ein in international etablierte Diskurse von interkultureller Verständigung und Respektierung unterschiedlicher kultureller Identitäten innerhalb multiethnischer Gesellschaften. Außerdem versprach dieser Diskurs internen Ausgleich, Stabilität und sozialen Frieden, in deutlichem Gegensatz zur militanten diskursiven Linie der verschiedenen Gewerkschaftsführer. Gerade die Verheißung, unter neoliberalen Rahmenbedingungen ein Vorzeigeprojekt gesellschaftlichen Ausgleichs präsentieren zu können, musste für die beteiligten großen internationalen Institutionen außerordentlich attraktiv sein.

In Bolivien fand sich 1993 ein politisches Bündnis aus sehr unterschiedlichen Lagern zusammen, deren politische Diskurse überraschende Berührungspunkte aufwiesen. Das Unternehmerlager um Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada wollte kapitalistische Modernisierung und – mit großbürgerlich-intellektueller Souveränität – die Überwindung verkrusteter ethnischer Hierarchien innerhalb der bolivianischen Gesellschaft, die als Entwicklungshindernis definiert wurden. Mit dem linksliberalen MBL (*Movimiento Bolivia Libre*) wurde ein ganzes Umfeld von Intellektuellen und NGO-Mitarbeitern zum Teil dieses Regierungsbündnisses, und schließlich setzte die Nominierung Cárdenas für die Vizepräsidentschaft ein Zeichen ethnischer Öffnung.⁹

8 Zur Debatte in Bolivien bei Amtsantritt von Víctor Hugo Cárdenas vgl. Albó (1993). Anzumerken ist, dass Víctor Hugo Cárdenas nicht immer einen so moderaten Diskurs der Verständigung gepflegt hat. Er gehört zu denjenigen Intellektuellen, die seinerzeit den politischen Diskurs des Katarismus mit geprägt hatten – damals mit deutlich radikalerem Duktus.

9 Es liegt auf der Hand, dass bei dieser Nominierung auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben, schließlich trat Gonzalo Sánchez de Lozada als ein reicher, weißer Unternehmer für die

Die *Ley de Participación Popular*, mit der Zuständigkeiten und staatliche Ressourcen vom Zentralstaat auf die lokale Ebene umverteilt und dazu zivilgesellschaftliche Kontrollmechanismen installiert wurden, ist zum bekanntesten dieser Reformprojekte geworden. Im Bildungswesen sorgten insbesondere die Initiativen, unter anderem auch von Cárdenas selbst, für Aufsehen, zweisprachige Schulbildung für diejenigen Kinder zu sichern, deren Muttersprache nicht Spanisch ist. Die Reformprojekte konnten zwar in den vier Jahren dieser Regierung nicht im ganzen Land flächendeckend etabliert werden, haben aber doch an so vielen Orten gegriffen, dass sie von der Nachfolgeregierung unter Präsident Hugo Banzer nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten.

Wie für andere indianische politische Führungspersonlichkeiten gilt auch für Víctor Hugo Cárdenas, dass seine soziale Basis vergleichsweise klein war. Zwar wurden die Reformen im ganzen Land vielfach gut angenommen, und die Zeit bis 1997 ist als eine Phase außergewöhnlicher gesellschaftlicher Dynamik in Erinnerung, aber es konnte keine politische Kraft entstehen, die entweder als Partei oder als organisierter politischer Akteur ein tragfähiges politisches Projekt auf der Grundlage dieses Diskurses formuliert hätte. Cárdenas eigene Kleinpartei MRTKL (*Movimiento Revolucionario Tupaj Katari de Liberación*) verfügte über keinerlei Apparat auf nationaler Ebene; der MBL war und wird weiterhin dominiert von seinen weißen Gründern und ist nicht frei von der Versuchung, zu indigenen Wählern ein im Kern paternalistisches Verhältnis aufzubauen; der MNR Sánchez de Lozadas schließlich verfolgte die Reformprojekte des eigenen Präsidenten immer mit Misstrauen, da der Parteiapparat sich in seinem Interesse an Pfründen und Posten dabei vernachlässigt fühlte.

Die Kritiker Cárdenas werfen ihm vor, die Möglichkeiten seines Amtes nicht offensiv genug genutzt zu haben, seine Freunde halten ihm zugute, er habe im Hintergrund gerade im Bereich der Bildungsreform intensive und umso effizientere Aktivitäten entfaltet. Er selbst sprach von der Notwendigkeit, in Schritten und langfristig zu denken, um den, wie er es nennt, "internen Kolonialismus" zu überwinden:

Eine Minorität, die Criollos, hat ein Übermaß an gesellschaftlicher Macht. Die große Mehrheit bleibt weiterhin von Machtpositionen ausgeschlossen. Die Strategie unseres politischen Konzeptes zielt darauf, diese Asymmetrie schrittweise zu verringern. Es wäre Demagogie zu versprechen, man könne all die Gegensätze, die sich aus der Asymmetrie ergeben, auf einen Schlag aus der Welt schaffen. Vielmehr muß diese enorme soziale Asymmetrie schrittweise abgebaut werden, bis in unserem Land ein wirklicher demokratischer Staat, eine wirklich demokratische Gesellschaft entsteht.¹⁰

Präsidentschaft an, dessen kulturelle Distanz zur indigenen Bevölkerung kaum größer hätte sein können. Trotzdem täte man ihm Unrecht, reduzierte man die Nominierung Cárdenas auf den Stimmenfang im indianischen Lager. Das Bündnis mit Cárdenas entspricht auch dem, oben beschriebenen, politischen Denken Sánchez de Lozadas und seines Umfeldes.

10 Víctor Hugo Cárdenas im Interview mit Juliana Ströbele-Gregor (1993).

Gegenüber der Öffentlichkeit jedenfalls trat Víctor Hugo Cárdenas nicht so profiliert auf, dass sein Name im Rückblick sofort mit spektakulären politischen Maßnahmen verbunden würde. Ein weiterer Faktor könnte dafür entscheidend sein, dass das politische Projekt, für das auch Cárdenas stand, gegenwärtig nicht im Mittelpunkt der bolivianischen Politik steht. Für das konfliktrichtigste Thema der bolivianischen Politik, den Cocaaubau, boten weder Dezentralisierung noch *participación popular* eine Lösung an, im Gegenteil: die Regierung Sánchez de Lozada lavierte konzeptionslos zwischen Cocabauern und US-Botschaft.

Es scheint, als habe sich Cárdenas so sehr auf die langfristig angelegte Arbeit im Hintergrund konzentriert, dass der Diskurs des Ausgleichs und friedlichen Zusammenlebens und der Reformen angesichts immer neuer aktueller und auch blutiger Konflikte nicht mehr für alle als realitätstauglich gelten konnte.

Ein indigener Dachverband stand dem von Cárdenas auf Regierungsebene vertretenen Diskurs des pluriethnischen, friedlichen Zusammenlebens immer sehr aufgeschlossenen gegenüber: die CIDOB (*Central de Pueblos Indígenas del Oriente Boliviano*). Über 30 ethnische Gruppen werden durch den Verband vertreten, von denen einige zahlenmäßig sehr klein sind. Für die Indígenas des Tieflandes stehen andere Themen im Vordergrund als für die Aymara und Quechua im Hochland. Sie kämpfen um die Anerkennung abgegrenzter Territorien, um dem Druck durch landwirtschaftliche Nutzung und Holzausbeutung in ihren Lebensräumen Einhalt zu gebieten. Der Diskurs ihrer Führungspersonlichkeiten knüpft an die internationale Debatte um nachhaltige Entwicklung an. Im neuen Landgesetz von 1996, der so genannten "Ley INRA", konnten die Indígenas des östlichen Tieflandes einige ihrer Forderungen aufgegriffen finden. Auch die *participación popular* stieß auf großes Interesse.

So richten sich ihre Forderungen nicht radikal gegen diese Gesetze, es ist keine Rede vom unbedingten Kampf gegen das neoliberale Teufelswerk, das in den unterschiedlichsten Verkleidungen daherkomme. Die CIDOB fordert zusätzliche Reformen, kritisiert Regelungen in Gesetzen, die ihr nicht weit genug gehen, und sie misst die Gesetze an der politischen Realität.

Auch einer der profiliertesten Vertreter der CIDOB, Marcial Fabricano, konnte der Versuchung nicht widerstehen, in die Parteipolitik zu gehen. Neben Miguel Urioste trat er 1997 als Vizepräsidentenskandidat für den MBL an. Zwar verlieh er damit derjenigen Partei, die tatsächlich die Reformprojekte wesentlich vorangebracht hatte, eine gewisse indigene Authentizität, aber der Wahlerfolg blieb aus.¹¹

Auch wenn seine bislang bekanntesten Vertreter nicht mehr in der ersten Reihe der bolivianischen Politik zu sehen sind, ist der Diskurs vom friedlichen Zusammenleben in einer pluriethnischen Gesellschaft nicht ad acta gelegt. Mit Spannung werden die Parlamentswahlen im Juni 2002 erwartet. Mit Gonzalo Sánchez de Lozada kandidiert wieder derjenige, unter dessen Präsidentschaft dieser Diskurs seine Blütezeit erlebt hat. Ob Sánchez de Lozada – sollte er gewinnen – daran wieder anknüpfen kann, ob die

11 Zur Person Marcial Fabricanos vgl. Ströbele-Gregor (1993).

Machtverteilung innerhalb einer wohl unausweichlichen Koalition dies erlauben würde, bleibt abzuwarten.

Eine *cholita* in Fernsehen und Parlament: Remedios Loza

Noch auf eine weitere indigene politische Führungspersönlichkeit muss eingegangen werden, deren politische Karriere allerdings – vorläufig – beendet scheint: die Aymara Remedios Loza, die mit CONDEPA (*Conciencia de Patria*) an der Seite des Parteigründers Carlos Palenque zur ersten Frau wurde, die in der üblichen Kleidung der Aymara-Frauen von La Paz ihrer Tätigkeit als Abgeordnete nachging.¹² Auch wenn CONDEPA nach dem Tod von Palenque im April 1997 und langen Streitereien um das politische Erbe aus dem Kreis der wichtigen politischen Parteien wohl ausscheiden wird, steht Remedios Loza doch für eine spezifische Form der Artikulation von Teilen der indigenen Bevölkerung mit der Politik.

Die politische Karriere Palenques und Lozas verlief über ihre Tätigkeit als Radio- und später Fernsehmoderatoren: Palenque – selbst in keiner Weise Indígena – nahm dabei die Rolle der gütigen Vaterfigur ein, Remedios Loza fungierte als Assistentin an seiner Seite. Die Programme boten den städtischen Aymara von La Paz ein öffentliches Forum für ihre alltäglichen Sorgen. Palenque nahm dabei die im Andenraum verbreitete soziale Beziehung des *compadrazgo* auf und wurde zum medial inszenierten, kollektiven *compadre* für seine Zuschauer.¹³

Mit der Gründung von CONDEPA 1987 hatten beide schnell durchschlagenden politischen Erfolg in La Paz. Dabei brauchte Palenque kein politisches Programm, das den Aymara besondere Vorteile versprochen hätte – politisch stand CONDEPA immer in der Tradition des Revolutionären Nationalismus aus den 50er Jahren mit seinem Integrationsversprechen gegenüber den Indígenas in die nationale Gesellschaft. Es waren vor allem die städtischen Aymaras, die die Palenque-Medien konsumierten und ihre Zugehörigkeit zur dort inszenierten großen Familie auch im Wahlverhalten für CONDEPA manifestierten. Carlos Palenque pflegte dabei ein durch und durch paternalistisches Verhältnis zu seinen Anhängern, Remedios Loza blieb – bei allem politischen Selbstbewusstsein – immer die Frau in der zweiten Reihe, die als “echte” Indígena das Bild vervollständigen durfte.

12 Für Aymara-Frauen in La Paz ist es völlig normal, im Alltagsleben in der Stadt die *pollera*, die typischen weiten Röcke, ebenso zu tragen wie eine Melone als Kopfbedeckung, die wiederum Frauen aus der Region La Paz unterscheidet von indigenen Frauen aus anderen Teilen Boliviens. Zwar gibt es auch in Bolivien eine Tendenz, von der *señora de pollera* zur *señora de vestido* zu werden, verbunden mit der Hoffnung sozialen Aufstiegs in der Stadt, trotzdem gilt, dass im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Großstädten in La Paz jedenfalls für indigene Frauen ihre typische Kleidung nicht als “folkloristisch” gilt, sondern alltagstauglich ist. Dass dies deshalb noch nicht für den Parlamentsalltag gilt, steht auf einem anderen Blatt.

13 An dieser Stelle kann nur kurz auf die Entwicklung CONDEPAs sowie auf Carlos Palenque und Remedios Loza eingegangen werden. Vgl. dazu Archondo (1991), Goedeking (2001a, 2002).

Der Erfolg CONDEPAs verweist auf mehrere Dimensionen der Probleme indigenen Protestes in Bolivien. Zunächst muss die symbolische Bedeutung der Radio- und Fernsehprogramme des *compadre* Palenque und der *cholita* Remedios betont werden. Aymaras, die sich in den Medien in dem Heer blondierter Telenovela-Schauspielerinnen überhaupt nicht wiederfanden, verfügten plötzlich über ein öffentliches Forum. Ebenso wichtig als Symbol war die Tatsache, dass überhaupt eine Aymara-Frau eine prominente öffentliche Rolle einnahm – auch wenn sie an zweiter Stelle nach dem *compadre* stand. Dies gilt auch für den Auftritt Remedios Loza als Parlamentsabgeordnete. Eine Abgeordnete in *pollera* war eine Provokation, die auf Seiten der etablierten weißen Politiker so manche entsetzte Reaktion auslöste.

Allerdings stand CONDEPA, standen Palenque und Remedios Loza in einer Reihe mit anderen politischen Führungspersonlichkeiten, was die autoritären und paternalistischen internen Strukturen der entsprechenden Organisationen angeht. Interne demokratische Strukturen sind innerhalb des indigenen Lagers genauso wenig verankert wie in den etablierten politischen Parteien. Eine Partei wie CONDEPA konnte, was diesen Punkt angeht, genauso wenig für den Wandel politischer Kultur stehen wie die meisten der indigenen Bauernführer, die heute die politische Szenerie beherrschen.

Darüber hinaus verweist die Beschäftigung mit CONDEPA auf die unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen von städtischen Indígenas und ländlichen Indígenas. In den großen Städten Boliviens hat sich vor allem auf der Grundlage des Handels längst eine indigene Bourgeoisie etabliert, andere streben danach, in der Stadt ähnlichen finanziellen Erfolg zu erreichen. Weder gewerkschaftlich geprägte politische Diskurse noch diejenigen etwa eines „Mallku“, der sich gegen die „Weißen“ insgesamt richtet, können für diese Indígenas besonders attraktiv sein. Sozialistische Ideen liegen ihnen in aller Regel fern, und die gescholtenen Weißen sind als Kunden ausgesprochen erwünscht. Wenn der „Mallku“ auf dem Altiplano die Straßen blockiert, dann haben auch die Aymaras von La Paz viel zu verlieren.

CONDEPA ist an seiner völligen Abhängigkeit von der Person Carlos Palenque gescheitert, und Remedios Loza hat das Vakuum nach dessen Tod nicht füllen können. Was bleibt ist die Warnung, die vom Erfolg CONDEPAs während über zehn Jahren an die Adresse der etablierten politischen Parteien und ihre Vertreter ausgeht: Ein charismatischer Caudillo kann mit einem spezifisch auf das indigene Streben nach Repräsentanz und eigenem politischen Gewicht ausgerichteten Diskurs innerhalb kürzester Zeit Massen mobilisieren. Zu befürchten ist allerdings, dass von den Adressaten der Warnung das Thema CONDEPA längst abgehakt worden ist, ohne dass daraus Konsequenzen gezogen würden.

Fazit

Im Verlauf von drei Jahrzehnten hat sich das Spektrum der in Bolivien relevanten politischen Diskurse radikal verändert. Von den kataristischen Intellektuellen der 70er Jahre bis zum „Mallku“, vom neu erwachten politischen Selbstbewusstsein der Indígenas

des bolivianischen Tieflandes über die Vizepräsidentschaft des Víctor Hugo Cárdenas bis zum *compadre* Palenque und der *cholita* Remedios: Diskurse, die die Multiethnizität der bolivianischen Gesellschaft zum Thema machen, haben eine außerordentliche Bedeutung erlangt. Der Kontrast zur langjährigen Dominanz gewerkschaftlicher Identitäten im Widerstand gegen die Herrschenden könnte kaum größer sein, auch wenn Letztere keineswegs von der politischen Landkarte verschwunden sind.

Zwei wesentliche Tendenzen sind dabei zu konstatieren. Zum einen wurde gezeigt, wie unterschiedlich die diskursiven Angebote an die indigene Bevölkerung sind und wie sehr diese miteinander in Konkurrenz stehen. Der Diskurs von der friedlichen Koexistenz und der allmählichen Reformen, für den etwa Cárdenas stand, ist kaum vereinbar mit dem konfrontativen Diskurs eines Felipe Quispe, der sich explizit gegen die weißen Bolivianer richtet. Dazu kommen die persönlichen Ambitionen und Rivalitäten zwischen den verschiedenen indigenen Führungspersonlichkeiten, die das Aufkommen einer auch nur annähernd einigen indigenen Bewegung in Bolivien als sehr unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Eine zweite wichtige Tendenz liegt in der möglichen Instrumentalisierung – bzw. im Versuch einer solchen – von indigenen Diskursen und Führungspersonlichkeiten durch etablierte Parteien und ihre Spitzenpolitiker. Cárdenas wurde es vielfach vorgeworfen, er habe sich von Sánchez de Lozada instrumentalisieren lassen. Er selbst sieht dies, wie gezeigt, anders und besteht auf der Notwendigkeit, nicht gegen, sondern im bolivianischen Staat Reformen voranzutreiben. In naher Zukunft wird sich im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen 2002 zeigen, ob die hartnäckigen Gerüchte über Verbindungen zwischen dem “Mallku” und dem MIR eine reale Grundlage haben. Vorsicht ist allerdings geboten mit vorschnellen Urteilen: Wer wen zu instrumentalisieren versucht, sei in diesem Fall noch dahingestellt. Auch der *compadre* Palenque und die *cholita* Remedios haben gezeigt, dass sie durchaus ihre Diskurse zu modifizieren bereit waren, sobald Posten und Ämter winkten. 1997 traten sie mit CONDEPA in die Koalition mit ADN und MIR ein und alle Berichte von der Machtübernahme deuten darauf hin, dass Vertreter und Vertreterinnen von CONDEPA nicht weniger skrupellos die Vorteile ihrer Posten nutzten wie altgediente Politiker aus den Apparaten der etablierten Parteien.

Über ihre politischen Diskurse haben indigene Führungspersonlichkeiten immer wieder hohe Erwartungen geweckt, und die Frage ist, wie viele Enttäuschungen für die indigene Bevölkerung mit den politischen Ergebnissen verbunden sind. Von 1993 bis 1997 unter Präsident Sánchez de Lozada musste der Diskurs von friedlicher Koexistenz und Reformen den Praxistest bestehen. Das Ergebnis ist zwiespältig: Einerseits wurden tatsächlich Reformansätze in die Realität umgesetzt, andererseits blieben, wie gezeigt, zentrale Probleme ungelöst. In jedem Fall bleibt dieses politische Projekt Teil des Spektrums des politisch Denk- und Verhandelbaren.

In den letzten Jahren unter der Regierung Banzer bzw. Quiroga ist dieser Ansatz in den Hintergrund getreten zu Gunsten einer konfrontativeren Linie. Es wurde ausge-

führt, wie sehr der radikale Diskurs des "Mallku" Felipe Quispe in taktischen Kategorien zu interpretieren ist. Allerdings hat sein Diskurs insofern Rückwirkungen auf die politische Realität, als die Kategorie einer Frontstellung "Indigen gegen Weiß" mit neuer Relevanz wieder in die Politik eingeführt worden ist. Sollte Quispe tatsächlich nach den bevorstehenden Wahlen im Streben nach Macht eine Annäherung an eine mögliche Regierungspartei MIR suchen, muss er einen solchen Kurswechsel gegenüber seiner Basis kommunizieren. Es ist kaum anzunehmen, dass die aufgeheizte Atmosphäre, die Quispe wesentlich mit zu verantworten hat, ohne Weiteres wieder zu beruhigen sein wird.

Politisch verwaist sind zunächst die städtischen Indígenas in La Paz. Der *compadre* Palenque ist tot, CONDEPA wegen interner Streitereien politisch nicht mehr relevant. Der "Mallku" hat, wie ausgeführt wurde, für die städtischen Indígenas kein politisch attraktives Angebot, ebenso wenig wie Evo Morales, der auf die Vertretung der Coca-bauern festgelegt ist.

Das zentrale Problem in Zukunft wird sein, die ethnisch definierten Machtverhältnisse aufzubrechen unter der Prämisse, dass die ökonomischen und sozialen Interessen der indigenen Bevölkerung außerordentlich heterogen sind. Politische Diskurse, die sich spezifisch nur an die ländlichen oder an die städtischen Indígenas richten, dazu noch durch kulturelle Symbolik festgelegt, beispielweise auf die Aymaras, werden dazu nicht in der Lage sein. Der reformorientierte Diskurs von Víctor Hugo Cárdenas hat im Ansatz einen solchen Versuch gemacht, in der politischen Umsetzung aber wichtige konkrete politische Probleme vernachlässigt zu Gunsten der "großen Vision".

Wer auch immer am 6. August 2002 das Präsidentenamt antreten wird, wer auch immer in der Folgezeit Führungspositionen in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Indígena-Organisationen einnehmen wird: Sie alle stehen in der politischen Verantwortung dafür, der indigenen Bevölkerungsmehrheit Boliviens nicht nur diskursiv, sondern tatsächlich Zugang zu politischer Macht und Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Nachtrag

Am 31. Mai 2002 fanden in Bolivien Parlamentswahlen mit einem völlig unerwarteten Ergebnis statt. Hinter Ex-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada hat Evo Morales mit seiner Partei *Movimiento al Socialismo* und knapp 21 Prozent Stimmenanteil den großen Favoriten Manfred Reyes Villa auf den dritten Platz verwiesen. Nicht einmal tausend Stimmen gaben den Ausschlag. Auch der "Mallku" Felipe Quispe hat mit gut 6 Prozent der Stimmen den Einzug ins Abgeordnetenhaus geschafft.

Alles spricht zum gegenwärtigen Zeitpunkt, am 18. Juli 2002, dafür, dass Evo Morales in der Opposition gegen einen Präsidenten Sánchez de Lozada verbleiben wird. Zweifellos ist er aber mit dieser Wahl zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der bolivianischen Politik geworden.

Wie konnte es zu diesem politischen Erdbeben kommen? Offensichtlich herrschte ein weit verbreitetes Bedürfnis, mit der Stimmabgabe ein "Nein" zu formulieren, ein "Nein" zum lähmenden Alltag etablierter Parteien, die sich immer wieder an der Macht abwechseln, ein "Nein" zur Herrschaft der immer gleichen weißen Eliten und – überraschenderweise – auch ein "Nein" gegenüber populistischen Kandidaturen wie der von Manfred Reyes Villa, die eben nicht als Alternative, sondern als "más de lo mismo", als "mehr vom immer Gleichen" wahrgenommen wurden.

Der Sieg Evo Morales gegenüber Felipe Quispe ist möglicherweise vor allem der Tatsache geschuldet, dass der "Mallku" als noch festgelegter auf eine bestimmte Zielgruppe, nämlich die ländlichen Aymaras, erschien als der Cocabauern-Führer Morales. Dazu bekam Morales überraschende Hilfe vom inzwischen abgelösten US-Botschafter Rocha: In der Woche vor der Wahl drohte Rocha unverhüllt mit Konsequenzen, sollte Evo Morales erfolgreich sein. Die "Jetzt-erst-recht"-Reaktion war zwangsläufig, Morales wurde zum Symbol des Widerstandes gegen die US-Dominanz.

Im Parlament werden in Zukunft zahlreiche indigene Abgeordnete vertreten sein. Dies allein stellt schon einen tief greifenden Wandel in der bolivianischen Politik dar. Jedoch wird vor allem Evo Morales als wahrscheinlicher Oppositionsführer eine neue Rolle zwischen Fundamentalopposition und konstruktiver Mitarbeit an Kompromissen erst noch definieren müssen. Einer so starken parlamentarischen Kraft stellt sich im Grundsatz die Machtfrage, der Konflikt zwischen radikalen Diskursen und realpolitischen Möglichkeiten ist absehbar. Außerdem wird sich Morales nicht nur auf das Thema Coca konzentrieren können, denn die Erwartungen seiner Wähler gehen weit darüber hinaus.

Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Zukunft der bolivianischen Bauernbewegung. Bisher sind Morales und Quispe, wie oben dargestellt, ihre herausragenden Führungspersonalitäten. Die Eigendynamik der parlamentarischen Arbeit macht es allerdings schwer, gleichzeitig Spitzenvertreter einer außerparlamentarischen sozialen Bewegung zu bleiben. Es ist nicht auszuschließen, dass neue Führungspersonalitäten in Abgrenzung von den "Parlamentariern" aufkommen werden und das Spektrum der Interessenvertretung von Bauern und – sowohl ländlichen als auch städtischen – Indígenas damit noch unübersichtlicher wird.

Festzuhalten ist zunächst, dass Bewegung in die bolivianische Innenpolitik gekommen ist. Der "Staat von 1985", parlamentarisch-demokratisch und neoliberal, dominiert von den etablierten Parteien und ihren Eliten und vor allem an Systemstabilität orientiert, existiert so nicht mehr. Ob damit ein Impuls in Richtung einer weiter gehenden Demokratisierung und für den Abbau ethnischer Schranken in der Gesellschaft verbunden ist, wird eine der zentralen Fragen der nächsten Jahre sein.

Berlin, 18. Juli 2002

Literaturverzeichnis

- Albó, Xavier (1993): *¿... y de kataristas a MNRistas? La sorprendente y audaz alianza entre aymaras y neoliberales en Bolivia*. La Paz: CEDOIN/UNITAS.
- Archondo, Rafael (1991): *Compadres al micrófono: La resurrección metropolitana del ayllu*. La Paz: Hisbol.
- Blum, Volkmar (2001): "Indigene Organisationen als politische Akteure in Ecuador." In: *Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation*, 45: 45-57.
- CERES [Centro de Estudios de Realidad Económica y Social] (2000): "La guerra del agua." In: *Conflictos – Boletín CERES* [Cochabamba], 3.6 (mayo/junio del 2000).
- Goedeking, Ulrich (1997): "Bolivien: Großer Wurf oder große Worte?" In: *'Land und Freiheit': Lateinamerika – Analysen und Berichte*, 21, pp. 192-204. Bad Honnef: Horlemann.
- (1998): "Der etwas andere Neoliberalismus: Wie eine Elite in Bolivien versucht, das Land zu demokratisieren." In: Gabbert, Karin / Gabbert, Wolfgang / Hoffmann, Bert / Koschütze, Albrecht / Meschkat, Klaus / Müller-Plantenberg, Clarita / Müller-Plantenberg, Urs / Oertzen, Eleonore von / Ströbele-Gregor, Juliana (Hrsg.) : *'Die Macht und die Herrlichkeit': Lateinamerika – Analysen und Berichte*, 22: 12-35. Bad Honnef: Horlemann.
- (2001a): "CONDEPA und UCS: Zwei Parteien und ihre Erbfolgeprobleme." In: *Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation*, 45: 24-32.
- (2001b): *Bolivien: Nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land*. Brennpunkt Lateinamerika, 12. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- (2002): *Politische Eliten und demokratische Entwicklung in Bolivien 1985-1996*. Dissertation, FU Berlin, Institut für Soziologie. Ms. (Veröffentlichung bevorstehend).
- Guzmán, Gustavo (2001): "lo que pasa es que tenemos un gobierno tan pero tan malo ...". [Interview mit Gonzalo Sánchez de Lozada]. In: *Pulso*, 26 de enero del 2001: 12-14.
- Hurtado, Javier (1986): *Katarismo*. La Paz: hisbol.
- Laserna, Roberto (o.J.): *En el laberinto de la coca: La política antidrogas del Gobierno de Bolivia (1993-1997)*. Cochabamba: CERES.
- Oblitas, Mónica (2001): "Juntos, ni en el cementerio." In: *La Prensa*, Suplemento 'Domingo', 29 de abril del 2001. La Paz.
- Oporto Castro, Henry (2001): "La transformación de la Coordinadora de movimiento social a partido político". In: *Pulso*, 2.3: 11.
- Ströbele-Gregor, Juliana (1992): "Vom indio zum mestizo ... zum indio." In: Dirmoser, Dietmar / Gabbert, Wolfgang / Meschkat, Klaus / Müller-Plantenberg, Clarita / Müller-Plantenberg, Urs / Oertzen, Eleonore von / Rediske, Michael / Ströbele-Gregor, Juliana (Hrsg.): *'Die Wilden und die Barbarei': Lateinamerika – Analysen und Berichte*, 16: 95-112. Münster / Hamburg: LIT.
- (1993): "Gleichheit in der Verschiedenheit – Der multiethnische, plurikulturelle Staat als gesellschaftliche Vision indianischer Völker." In: *NORD-SÜD aktuell*, 7.2: 284-291.
- (1997): "Zwischen Konfrontation und Kooperation: Indianische Bewegung und Staat in Bolivien." In: Gleich, Utta von (ed.): *Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?*, pp. 127-157. Frankfurt a. M.: Vervuert / Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- (2002): *Kritische Partizipation oder Konfrontation? – Indigena-Organisationen in den Andenländern*. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde (im Erscheinen).